



Herrn
Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

AfD-Fraktion

im Rat der
Stadt Leverkusen

Postfach 220186
51322 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Leverkusen, den 26.11.2025

Antrag: Programm zur gemeinnützigen verpflichtenden Arbeit für Asylbewerber in Leverkusen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

Beschluss:

1. Die Stadt Leverkusen führt ein Programm für gemeinnützige verpflichtende Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber und Geduldete gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ein.
2. Teilnahmeberechtigt sind alle Personen ab 18 Jahren, die
 - Leistungen nach dem AsylbLG beziehen,
 - nicht in Erwerbstätigkeit stehen und
 - arbeitsfähig sind.
3. Die Stadt Leverkusen erstellt hierzu eine Liste geeigneter zusätzlicher, gemeinnütziger Tätigkeiten, u. a.:
 - Unterstützung im städtischen Grünflächen- und Reinigungsbereich
 - Aufgaben im Betrieb und der Pflege städtischer Unterkünfte
 - Mithilfe in öffentlichen Einrichtungen und bei städtischen Vereinen (z. B. Tafeln, Tierheim, Sport- und Kulturvereine)
 - Umwelt- und Ordnungstätigkeiten (z. B. Beseitigung von Vermüllung, Pflege von Spielplätzen)

4. Die organisatorische Umsetzung erfolgt durch den Fachbereich Ordnung in Kooperation mit dem Kommunalen Integrationszentrum, dem Jobcenter sowie geeigneten Trägern der Wohlfahrtspflege.
5. Die Mehraufwandsentschädigung wird gemäß § 5 AsylbLG auf 0,80 Euro pro Stunde festgesetzt. Die Arbeitszeit beträgt bis zu 4 Stunden täglich an Werktagen.
6. Eine unentschuldigte Verweigerung der Teilnahme führt zu leistungsrechtlichen Konsequenzen nach § 5 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, das Programm spätestens bis zum 01.04.2026 umzusetzen und dem Rat jährlich über Erfahrungen und Ergebnisse Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die Stadt Leverkusen steht vor erheblichen Herausforderungen durch die anhaltend hohe Belegung mit Asylbewerbern und Flüchtlingen. Ein Teil dieser Personen verbleibt über längere Zeit im Leistungsbezug, ohne eine sinnvolle Beschäftigung oder Integration in Arbeit. Dies führt zu sozialen Spannungen, erschwert die Anpassung an die hiesigen Verhältnisse und verursacht steigende kommunale Kosten.

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht ausdrücklich vor, dass Leistungsbezieher zu gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten herangezogen werden können. Andere Kommunen in Deutschland haben diese Möglichkeit bereits erfolgreich genutzt. So existieren in Thüringen und jüngst auch im niedersächsischen Kreis Peine Modelle, bei denen Geflüchtete verpflichtend Tätigkeiten übernehmen, die der Allgemeinheit zugutekommen. Kommunen berichten von

- Entlastung des städtischen Haushalts,
- Verbesserungen im Stadtbild und in öffentlichen Einrichtungen,
- erhöhtem Verantwortungsbewusstsein und Strukturierung des Alltags,
- besserer Akzeptanz in der Bevölkerung.

Für Leverkusen bieten sich zahlreiche Aufgaben an, die heute häufig aus Zeit- oder Personalmangel nicht erledigt werden können. Der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft wird zudem etwas zurückgegeben, indem Arbeitsbereitschaft und gesellschaftliche Mitwirkung eingefordert werden. Gleichzeitig wird klargestellt, dass staatliche Unterstützung immer mit Mitwirkungspflichten verbunden ist.

Die Arbeitspflicht verdrängt keine regulären Arbeitsplätze, da die Tätigkeiten zusätzlich und einfach gelagert sind. Sozialversicherungsrechtliche Risiken bestehen nicht, da es sich um Mehraufwandsentschädigung handelt.

Dieses Programm ist ein deutlicher Beitrag zu

- mehr Ordnung und Sauberkeit im Stadtgebiet,

- einer stärkeren Einbindung der Asylbewerber in gesellschaftliche Verantwortung,
- einer Reduzierung passiver Leistungsbezüge.

Mit dem vorliegenden Beschluss nutzt Leverkusen die bestehende Rechtsgrundlage, schafft sichtbare Verbesserungen für die Stadtgesellschaft und setzt ein klares Signal für in der Asylpolitik.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yannick Noe'. The signature is stylized with a large, sweeping 'Y' and a distinct 'N'.

Yannick Noe
Fraktionsvorsitzender